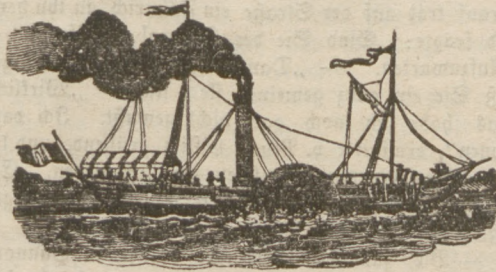


# Danziger Dampfboot.

Nr. 287.

Sonnabend, den 8. December.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1866.

37ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr.

Inserate nehmen für und außerhalb an:  
In Berlin: Rettemeyer's Centr.-Ztg. u. Annonc.-Bureau  
In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau.  
In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau.  
In Hamburg, Frankfurt a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen.

Dresden, Freitag 7. December.

Es ist der Abschluß einer fünfprozentigen Anleihe des Königreichs Sachsen im Betrage von 4 Millionen Thaler nunmehr definitiv erfolgt. Die Anleihe ist von den Firmen M. A. v. Rothschild in Frankfurt a. M., Sal. Oppenheim in Köln, S. Bleichröder in Berlin, W. Raschel und sächsische Bank in Dresden und Kreditanstalt in Leipzig al pari übernommen. Die Zahlung der Zinsen erfolgt bei allen königlich sächsischen Kassen und den obengenannten Geschäftshäusern in Frankfurt, Köln und Berlin.

Wien, Freitag 7. December.

Wie die „Neue Presse“ meldet, sind die Schlussverhandlungen des österreichisch-französischen Handelsvertrages beendet. Die französischen Kommissare, reisen in der nächsten Woche ab. Der Handelsvertrag tritt am 1. Januar 1867 in Wirksamkeit.

Florenz, Freitag 7. December.

Die gestrige „Italia“ meldet, daß Tonello vor dem 10. December mit den versöhnlichsten Instructionen nach Rom abgehen wird.

Rom, Freitag 7. December.

Der Papst hat den vom General Montebello ihm vorgestellten französischen Officieren eine Abschiedsaudienz ertheilt. Der Erzbischof von Neapel ist dorthin abgereist. Der portugiesische Botschafter ist hier eingetroffen.

## Landtag.

Haus der Abgeordneten.

39. Sitzung. Freitag, 7. December.

Präsident: v. Jordanbeck. Am Ministerische: v. Müllner, Regierungs-Kommissar Knerk. Adressen und Petitionen aus Schleswig-Holstein werden der 13. Commission überwiesen, eine Zuschrift aus Altentkirchen spricht dem Hause und speciell dem Abg. Dunder den Dank aus für den Antrag in Betreff der Beamtengehälter. — Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Beratung über die Ausgabe des Cultusministeriums: Zu Tit. I. Beförderungen im Ministerium hat der Abg. Kobden den Antrag gestellt, den Director der Abtheilung für katholische Angelegenheiten den übrigen Ministerialdirectoren im Gehalte gleichzustellen. Dieser Director hat nur 3500 Thlr. Gehalt, während die übrigen Directoren 4000 Thlr. beziehen. — Der Minister erklärt, daß er gegen diesen Antrag nichts einzuwenden habe. — Der Antrag wird angenommen. Die Ausgaben für das Ministerium werden bewilligt. — Zu der Position evangelischer Ober-Kirchenräthe nimmt das Wort der Abg. Richter: Ich habe um das Wort gebeten, um mein Votum zu motiviren. Es wird Geld für eine dritte Rathsstelle gefordert; diese Stelle ist aber schon da und es handelt sich nur um eine Aufbesserung des Gehalts um 500 Thlr. — Ich bin nicht der Ansicht, daß von der Ansicht des Oberkirchenraths aus in den neuen Provinzen reglementirt werde; davon habe ich nie etwas gesagt. Dem Herrn Minister möchte ich einige Fragen vorlegen: gestern hat der Minister dem Hause zu meinem Bedauern die Competenz des Hauses in Verfassungsangelegenheiten der Kirche abgesprochen; diesen Standpunkt des Ministeriums Raumer hat der Minister gestern ersten Male eingenommen und da dies bei Beratung des Etats geschieht, so folgt daraus, daß wir auch nicht competent sind zur Bewilligung der Gehälter für die Mitglieder des Oberkirchenraths. Wir haben es hier nicht mit Theologie zu thun, sondern mit allen Rechten, welche in der Verfassung niedergelegt sind, und die Competenz, darüber zu wachen, ist seit Jahren nicht mehr bestritten worden. Sind wir andererseits competent, so frage ich: ist es richtig, daß die evangelischen Angelegenheiten in den neuen Provinzen dem evangelischen Oberkirchenrathe zugewiesen werden sollen, wie dies gestern hier behauptet wurde? Ich glaube es nicht, glaube vielmehr, daß der Minister diese Angelegenheiten in der Hand behalten wird, und dies mit vollem Recht aus rechtlichen und Zweckmäßigkeitsgründen. Eigenthümliche

Zustände werden allerdings daraus hervorgehen: die Kirchenregimenten in Hannover, Hessen und Nassau, die in den Händen der Landesherren sind, existiren nicht mehr, sie sind depossidirt. Nun hat der Minister schon Verordnungen erlassen, einer seiner Rätthe bereist die Provinzen, Deputationen sind hier gewesen, also Thätigkeit wird und muß entwickelt werden, und zwar wird sie vom Minister ausgeübt. Will nun der Minister eine Synode einberufen; was will er überhaupt in jenen Provinzen thun? — Abg. Fubel: Vor einer Consolidirung der politischen Verhältnisse wird eine definitive Ordnung in den kirchlichen Verhältnissen sehr bedenklich sein. Was die Competenzfrage betrifft, so möchte ich wohl wissen, wie der Minister selbst hierzu steht. Wir haben das Recht zu fragen, wie weit die Organisation der evangelischen Kirche gedeihen, wie weit man in der Ausführung des Art. 15 der Verfassung vorgeschritten ist. — Der Cultusminister: Kirche und Staat sind in mannigfaltiger intimer Beziehung, eine absolute Scheidung ist nicht möglich. Ueber bestimmte Fragen werde ich immer Auskunft geben. In Hannover ist vor 4 Jahren eine größere kirchliche Verfassung eingetreten, trotzdem sind die Berührungspunkte mit den politischen Gewalten nicht ausgeschlossen. So lange aber hier kein Abschluß erreicht ist, muß ich die Einmischung der politischen Gewalten auf die evangelischen Kirchen-Angelegenheiten ablehnen. — Abg. Tschom: Wir haben das Recht, nach der Ausführung des Art. 15 der Verfassung zu fragen; dieser Artikel ist nichts weniger als alle anderen Artikel der Verfassung unserer Controle unterworfen. Wir wollen verhindern, daß der Kirche alles octroyirt werde. Ich will, daß die evangelische Kirche sich aus sich selbst ihre Verfassung gebe. Für die Position werde ich stimmen, aber das schließt nicht ein, daß ich mit Allem übereinstimme, was der evangelische Ober-Kirchenrath angeordnet hat. — Abg. Wuttke: Es handelt sich hier nicht um die evangelische Kirche allein, sondern eben so sehr um die römisch-katholische Kirche. Diese letztere genießt aber in Preußen eine Selbstständigkeit, wie in keinem der übrigen deutschen Staaten. Welchen Dank der preussische Staat dafür verdient, darüber fragen Sie bei der Fraction selbst nach (Heiterkeit). — Abg. Dr. Löwe: Die ganze bisherige Discussion hat bewiesen, in welcher schlimmen Vermischung zwischen Kirche und Staat wir uns befinden. Ich will mich nur auf das Materielle in der Kirchenfrage beschränken, nämlich auf das Vermögen der Kirche, auf die Vergebung der Stellen in der Kirche. So lange wir den absolutistischen Druck in der Kirche haben, werden wir nicht zu einer politischen Freiheit gelangen. Ich bin überzeugt, daß wir durch eine Neuschaffung in dieser Beziehung ein Band gewinnen, welches die neuen Provinzen fester hält, als jedes andere Band. — Abg. Bied: Ich würde das Wort nicht ergreifen haben, wenn der Vorredner nicht unerhörte Angriffe gegen die evangelische Kirche gerichtet hätte. (Widerspruch.) Ich kann es Niemand verargen, zu fragen, wie es mit der evangelischen Kirche steht; aber wenn der Minister darauf antwortet, so ist es ganz natürlich, daß sich eine Discussion erhebt, welche in die inneren Angelegenheiten der Kirche eingreift. Ich glaube daher, wir begeben uns doch auf ein Gebiet, auf welchem wir nicht competent sind. Wir haben nur das Recht, darüber zu beschließen, ob wir Forderungen des Ministers für die evangelische Kirche bewilligen wollen oder nicht. (Bravo rechts.) — Abg. Richter: Die Frage über die Posttheologie ist eine historische und ich muß den Vorredner auf die bekannten Briefe Melancthon's verweisen. Wir wollen die Staatsgewalt auffordern, daß sie der Entwicklung der Kirche nicht hindernd in den Weg trete. Ich bedaure, daß der Hr. Minister auf unsere Fragen keine Antwort zu geben für nothwendig erachtet. — Der Minister: Auskunft über Fragen auf einem Gebiete, welches noch nicht zur Competenz des Hauses gehört, muß ich ablehnen, und zwar so lange, bis die neuen Länder hier vertreten sein werden. — Es ist schon viel für den Ausbau der Kirche geschehen, und es wird noch viel geschehen. — Abg. Michels (Allenstein): Ich will mich in innere Angelegenheiten der Kirche nur so weit mischen, als es mir meine Pflichten als Abgeordneter auferlegen. Herrn Wuttke, der sich an das Centrum wendet, erwidere ich, daß wir keine Fraction bilden, daß wir im Centrum sitzen, weil sich die Bänke im Centrum befinden. Das bringt uns in die glückliche Lage, daß wir uns nach rechts

oder links schwenken können. Da muß ich denn bekennen, daß meine Gefühle oft nach rechts sich hinwenden, daß ich aber die Gründe auf der linken Seite finde. Die gestrige Rede des Abg. Jung hat mich sehr aufgeregt. Er hat den neuen preussischen Staat als Vertreter des Protestantismus in Norddeutschland hingestellt; das halte ich für eine Gefahr, denn das Grundverhältnis der Parität bleibt wie es gewesen, wenn auch jetzt die Zahl der Protestanten in Preußen mehr gewachsen ist, als die der Katholiken. Wir Katholiken haben auch noch Manches zu wünschen, aber der Vorwurf der Undankbarkeit der Katholiken gegen den preussischen Staat weise ich ganz entschieden zurück. — Die Discussion ist geschlossen. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Jung, Wuttke, Bied wird die Ausgabe bewilligt. Zu Tit. 19, Universitäten, hat der Abg. Dr. Fühling den Antrag gestellt: Die Regierung aufzufordern, in Ermägung der Nothwendigkeit der Vertretung des landwirthschaftlichen Unterrichts an den höchsten Bildungsstätten und des beispiellos glücklichen Erfolges des landwirthschaftlichen Lehrstuhls in Halle, an den Universitäten zu Königsberg und Breslau, welche noch keine landwirthschaftlichen Institute besitzen, die Errichtung landwirthschaftlicher Lehrstühle herbeizuführen. Dieser Antrag, ferner ein von Birchow gestellter Antrag in Bezug auf Gehaltsverbesserung der Universitätslehrer, sowie ein anderer v. Tschom, betreffend die Gehaltsverbesserung der Gymnasiallehrer werden angenommen. Die ersten 21 Titel in den Ausgaben werden bewilligt. Die Anträge des Abg. Hartort, betr. das Dotationsgesetz für die Elementarlehrer, ferner des Abg. Bied, betr. das Dotations- und Pensionsgesetz für die Elementarlehrer rufen eine längere Debatte hervor. Der Kultusminister erklärt, daß die Einbringung dieser Gesetze vor der Vereinigung mit den neuen Provinzen unmöglich sei. Um 3 Uhr wird die Debatte bis 6 Uhr vertagt.

## Politische Rundschau.

Durch die mit überwältigender Majorität erfolgte Annahme des Dotationsgesetzes nach dem Commissionsvorschlage hat das Abgeordnetenhaus dem Indemnitätsbeschlusse einen ebenbürtigen historischen Act an die Seite gesetzt. Die Annahme des Dotationsgesetzes hat im Volke allseitig den besten Eindruck gemacht. Auch daß das Gesetz die Namen der dadurch Geehrten aufführt, hat allgemein befriedigt. Ohne dieselben wäre die Belohnung mehr oder weniger ein Act königlicher Gnade geblieben, während sie nun im vollsten Sinne des Wortes eine Anerkennung der Nation, einen wahren und echten Volksdank ausdrückt.

Die schönen Tage der deutschen Kleinstaaterei sind längst vorüber. Der Mai des politischen Mikrokosmos blühte einmal, und er ist abgeblüht, um einem Volksfrühling nicht im Wege zu sein. Nach den napoleonischen Kriegen war es wohlthuend für die Bewohner Süd- und Mitteldeutschlands, daß sie in ihren kleinstaatlichen Villen allen Weltthändeln ferne bleiben und ihre Wunden ausheilen konnten. Ja, sie, welche die Segnungen des neuen Friedens in vollen Zügen genossen, durften sogar mit Lächeln nach Preußen blicken, das, kein Kleinstaat und doch keine Großmacht, seinen Bürgern Lasten zumuthen mußte, wenn es nicht in Bedeutungslosigkeit versinken wollte, denn es hatte an Oesterreich einen gefährlichen Nebenbuhler und einen Freund — nirgends. In manchen dieser kleinen Staaten konnte — vorausgesetzt, daß der Fürst damit einverstanden war — ein gewisser Grad gemüthlicher constitutioneller Freiheit sich entwickeln, während die Regierungen der beiden großen Staaten Deutschlands, den Blick mißtrauisch auf das Deutsche und das fremde Ausland gerichtet, in ihren Grenzen keine freiheitliche Regungen duldeten. Auch auf rein geistigem Gebiete schritten viele dieser Kleinstaaten, die über Politik und welt-historische Combinationen sich nicht den Kopf zerbrachen,

rascher voran als die großen, und die Wissenschaft, die Künste fanden in einzelnen derselben eine freundliche Stätte. Aber alle diese Güter, deren sich die Kleinstaaten freuten, waren nur ein zufälliger Besitz: die constitutionellen Freiheiten blühten in den Kleinstaaten nur so lange, als man in Wien, Berlin und Petersburg — das bourbonische Frankreich war nicht gefährlich — für gut fand, dem Dinge zuzusehen. Die liberal reformirenden Fürsten arbeiteten heimlich und vorsichtig, sobald aber in einer der genannten großen Residenzen ein Finger sich erhob, ließ man Reformen und Freiheiten auf den Boden purzeln. Daß die kleinen Regierungen sich für ihre Unfreiheit zu rächen suchten, das beweist namentlich Baiern im ersten Viertel unseres Jahrhunderts, wo die Regierung, um zu zeigen, daß sie der Welt zum Trotz denn doch von Gottes Gnaden sei, grundsätzlich das Gegentheil von dem that, was in Berlin geschah. Nahm man in Preußen einen liberalen Anlauf, so hatte in Baiern die schwärzeste Reaction gewonnenes Spiel, und stieg in Preußen der Rückschritt, so ließ man vom Münchener Königsschlosse das Banner der Menschenrechte flattern. Die Völker sind aber nicht verbunden, sich dankbar mit dem besten Willen der Regierenden zu begnügen, sondern sie müssen auch das Können derselben in's Auge fassen. Ueber letzteres hat die neueste Zeit keinen Zweifel gelassen. Seit an Stelle der schlaftrigen Bourbonen ein unruhiger, cäsarischer Ideen huldigender Monarch den französischen Thron bestiegen hat, seit die großartigen Verhältnisse der Neuzeit nicht mehr zulassen, daß ein kleiner Staat sich hinter einer chinesischen Mauer von den Weltbewegungen draußen absperren kann, seit der österreichisch-preussische Antagonismus zu einer endgültigen Lösung der deutschen Frage hindrängt und insbesondere seit dem letzten Kriege müssen selbst dem Blindesten die Augen darüber aufgegangen sein, daß die kleinen deutschen Fürstenthümer der Aufgabe, Staaten sein zu wollen, nicht mehr gewachsen sind. Das Gute der Kleinstaaten ist mit und ohne Verschulden der Betroffenen dahin, und nur die schlimmen Folgen für Fürsten und Völker sind geblieben. Diese schlimmen Folgen sind: ein unendlich großes Gefühl der eigenen Würde und ein unendlich kleines von der Würde des Ganzen, riesige Ansprüche für die eigene „Unabhängigkeit“ und zwerghafte Leistungen für den Gesamtstaat, ewige Verschuldigungen gegen mächtige Staaten und niemals Acht auf das, was im eigenen Hause faul ist. Glücklicherweise daher diejenigen zwerghaftigen Regierungen des Nordens, deren Reichs vom Sturme dieses Sommers hinweggefegt worden sind! Sie durften im freundlichsten Greisenalter, ohne sich im Bewußtsein ihrer Bevölkerung selbst überlebt zu haben, dahinfahren, und in dem wehmüthigen Andenken der treuen Landeskinder an die Geschiedenen werden bittere Gedanken über etwaige Sünden dieser Regierungen zunächst in den Hintergrund treten. Wie schlimm sind, im Verhältniß zu jenen, die noch selbständigen kleinen Regierungen des norddeutschen Bundes daran! Wir können ihnen nur wünschen, daß sie möglichst bald ebenfalls ihre Apotheose feiern, sie können fernerhin doch nur einen Hemmschuh für die Entwicklung des Ganzen bilden.

Die Rückkehr der französischen Truppen aus Rom ist im vollen Zuge; im Ganzen werden 397 Officiere, 6546 Mann und 650 Pferde auf sechs Dampfregatons retourniren. — Was die Truppen in Mexiko betrifft, so werden dieselben, trotz des Drängens von Seiten der nordamerikanischen Regierung, schwerlich vor Mitte März zur Einschiffung gelangen. Der Rücktransport jedes einzelnen Soldaten von Mexiko nach Frankreich kostet dem Kaiser nicht weniger als 1200 Francs.

Mit Preußen glauben die Vereinigten Staaten ein Hüchken rupfen zu müssen. Es soll nämlich in dem Congresse eine Resolution eingebracht werden, welche die Behandlung, welche amerikanische Staatsbürger ausländischer Geburt während des Krieges von der preussischen Regierung erfuhr, zum Gegenstande diplomatischer Nachforschungen machen will. Preußen wird beschuldigt, amerikanische Bürger zum Dienste in seinem Heere gezwungen zu haben. Es ist nicht das erste Mal, daß die Verein. St. von Preußen und anderen deutschen Ländern über die Heranziehung ausgewandelter und mit dem Bürgerrechte der Union zurückgekehrter Unterthanen zur Militärpflicht Aufklärungen verlangt haben, und bisher sind solche Streitpunkte immer gütlich ausgeglichen worden. Auch jetzt wird sich wohl eine befriedigende Lösung finden lassen. Es liegt die Vermuthung nahe, daß diese Angelegenheit zu den Mandövern gehört, welche die öffentliche Aufmerksamkeit von inneren Angelegenheiten ablenken sollen, denn die auswärtige Politik ist das einzige Gebiet, auf welchem der Präsident mit der Mehrheit des Volkes im Einflange steht.

Berlin, 7. December.

— Zur Charakteristik des kürzlich verstorbenen Generals v. Pffel werden folgende Anekdoten aus dessen Leben mitgetheilt, welche sein Wesen sehr charakteristisch schildern. Als Ministerpräsident wohnte er den Verhandlungen der Kommission der Nationalversammlung bei, welche über die Abschaffung des Adels berieth. Die Debatten dauerten sehr lange und der alte Herr wurde davon so ermüdet, daß er einschlief. Als er aufwachte und hörte, daß die Debatten noch fortbauerten, rief er aus: „Ist denn der Adel noch nicht todt?“ Bei der Berathung dieser Frage stimmte Pffel für die Abschaffung des Adels. Kurz darauf trat auf der Straße ein Fährich an ihn heran und fragte: „Sind Sie der General v. Pffel?“ — „Aufzuwarten.“ — „Dann muß ich Ihnen sagen, daß Sie ein ganz gemeiner Kerl sind.“ „Wirklich? Das habe ich noch gar nicht gewußt. Ich danke Ihnen“, erwiderte v. Pffel, höflich grüßend, und ließ den albernen jungen Menschen verblüfft stehen. Eine bessere Weise, dem politischen Duell vorzubeugen, läßt sich nicht denken.

— Bis zum 18. December sollen in Hannover überall die preussischen Hoheitszeichen angebracht sein.

— Nach dem Vorgange Lübeck's steht auch in Hamburg die Bildung einer auf Actien gegründeten „Norddeutschen Seefischerei-Gesellschaft“ bevor.

— Die sächsische Regierung hat von der Ständeversammlung die Ermächtigung zur Aufnahme einer fünfprocentigen Anleihe im Betrage von 15 Millionen Thalern begehrt. Diese neue Anleihe soll nach den regierungseitig gemachten Angaben zur Deckung des Restes der Krieges-Contribution, zum Ersatz der während des Krieges aufgezehrten baaren Kassenbestände und zur allmählichen Ablosung der sechsprocentigen Handdarlehne, welche letztere die Höhe von 6½ Millionen Thalern erreicht haben, dienen.

— Die bayerische und hessen-darmstädtische Localpresse enthält eine Masse Schmähartikel gegen Preußen. Zur Erklärung dieser Erscheinung mag dienen, daß in München seit einiger Zeit eine von Oesterreich begründete und bezahlte lithographirte Correspondenz besteht, welche diese Presse mit derartigen Artikeln versorgt, gleichwie bekanntlich schon seit längerer Zeit ein ähnliches österreichisches Institut für das Ausland in Paris vorhanden ist.

— In Hanau erzählt man sich rührende Geschichten vom Kurfürsten, wie er einem armen Bäuerlein, dessen Mähre vor Altersschwäche zusammenbrach, ein schönes Pferd aus seinem Marstall schenkte; wie er den Straßenjungen Geld schenkt, wenn sie Solbat spielen und auf die Anfrage, was für Solbaten sie seien, antworten: „Wir sind Kurhessen.“ Kurz, der alte Herr ist bei den Hanauern „populär.“

— In der letzten Zeit sind Paris und dessen Umgebungen äußerst unsicher. Die Einbrüche in die Häuser und die Raubanfälle auf offener Straße sind so häufig geworden, daß man sich in vielen Theilen von Paris nach 10 Uhr Abends kaum noch unbewaffnet auf die Straße hinauswagt. Die Zunahme dieser Art von Verbrechen ist wohl in dem schlechten Geschäftsgange der letzten Jahre zu suchen, der viele Leute auf's Pflaster gesetzt hat, und die, nachdem sie eine Zeit lang vagabondirt, sich dem Verbrechen in die Arme geworfen haben. Jedenfalls ist die Zahl der Bagabonden, Diebe und Raubmörder aller Art in Paris nie größer gewesen, als in der letzten Zeit.

— In Virginien, in Nord-Amerika, hat sich im verflossenen Sommer eine neue polnische Emigranten-Colonie gebildet, welche bereits über 30 Köpfe zählt. Zahlreiche polnische Emigranten aus Frankreich und der Schweiz haben sich in letzter Zeit in den vor mehreren Jahren in den nordamerikanischen Staaten Minnesota und Wisconsin von Landleuten aus dem Großherzogthum Posen gegründeten polnischen Colonien niedergelassen und dort freundliche Aufnahme gefunden. Die Zahl der in den letzten zwei Jahren nach Amerika übersiedelten polnischen Emigranten beträgt mindestens 350. Viele derselben haben sich nach den südamerikanischen Republiken gewendet und dort Militärdienste genommen.

### Locales und Provinzielles.

Danzig, 8. December.

— Die gestrige erste Bürgerversammlung im Gewerbehause war ziemlich zahlreich besucht. Hr. Bloß eröffnete dieselbe mit einer Ansprache über den Zweck und die Nützlichkeit solcher Versammlungen und zählte eine Reihe von dringend notwendigen kommunalen Einrichtungen resp. Abänderungen derselben auf, deren Besprechung wünschenswerth sei. Redner ersucht die Versammlung, ohne Parteilichkeit an die Fragen heranzutreten und mit den zutreffenden Behörden Hand in Hand zu gehen. Demnächst wird beschlossen, einen Vorstand zu wählen, und es werden Hr. Bloß zum Vorsitzenden und

Hr. Sielaff zum Protokollführer ernannt, welche das Recht haben sollen, die Tagesordnung zu bestimmen und weitere Versammlungen anzuberaumen. Die Vereinigung soll eine freie, ohne Statuten sein. Hinsichtlich der Tageskosten wird beschlossen, solche durch freiwillige Beiträge am Schluß der Sitzung zu decken. Die Frage, wer berechtigt sein solle, den Versammlungen beizuwohnen, wird dahin entschieden: daß jeder anständige Bürger, wenn er auch von einem geringeren Einkommen als 300 Thlr. Steuern zahle, sich betheiligen und seine Meinung frei äußern könne. Nunmehr wird über die eingebrachte Anfrage: weshalb die Gemüllkarren ohne Schutzdecken die Straße befahren? die Diskussion aufgenommen. Hr. Hybbeneth erklärt, daß es unmöglich sei, die Gemüllkarren während des Ladens in den Straßen zu bedecken. Hr. S. C. Krüger theilt mit, daß die Drillischdecken vielfach durch heiße Asche zu leiden hätten und lange vor der statmäßigen Ergänzung verbraucht würden. Hr. Helm macht den Vorschlag, die Drillischdecken durch gemischte Mittel für Feuerschaden unempfindlich zu machen. — Da andere Fragen nicht eingebracht sind, wird die Tagesfrage für die Tagesordnung in Vorschlag gebracht. Hr. Skibbe giebt seine Kenntniß zur Sache in Umrissen ab und glaubt, daß der Magistrat zu dem bisher eingeschlagenen Verfahren berechtigt gewesen sei. Hr. Dr. Lévin geht auf die Frage gründlicher ein und theilt mit, daß in den letzten fünfziger Jahren die Königl. Regierung den Hrn. Reg.-Rath v. Schrötter beauftragt hätte, das Stadt-Lazareth und dessen Verwaltung einer Revision zu unterwerfen, wobei sehr große Uebelstände zu Tage getreten seien. Das hierüber geführte Protokoll sei aber lange Zeit hindurch der Öffentlichkeit entzogen gewesen, bis endlich im Jahre 1857 eine gemischte Kommission den Auftrag erhalten hätte, die Lazarethverhältnisse zu reorganisiren. Der damalige Referent Hr. Köpelt habe aber sein Gutachten dahin abgegeben, zuvörderst das Rechtsverhältniß festzustellen, ob das Lazareth eine milde Stifftung oder eine städtische Krankenanstalt sei. Inzwischen verlangte die Königl. Regierung die Ausarbeitung von Instruktionen und Statuten, nach denen die Verwaltung unter Beirath einer Magistratsperson zu handhaben sei. Die Angelegenheit wurde zwar mehrmals auf die Tagesordnung der Stadtverordneten-Sitzungen gebracht, aber ebenso oft wieder davon abgesehen, da die Rechtsfrage noch nicht entschieden war; auch lehnte der Magistrat es ab, ein Mitglied in die Lazarethverwaltung zu deputiren und die Reorganisation zu übernehmen. Die Folge davon war, daß die Königl. Regierung das Lazareth als eine milde Stifftung anerkannte und das Aufsichtsrecht übte. Aus dieser Zeit datiren alle andern Regierungsmaßregeln, so wie die bereits bekannten Konflikte wegen der Freibetten, der Kurkosten u. s. w. Zuletzt erschien ein Regierungs-Dekret, welches die Stadt anwies, vom 1. Januar 1867 ab für die Unterbringung erkrankter Polizeigefangenen anderweitig zu sorgen, da die Anstalt nicht gehalten sei, denselben Aufnahme zu gewähren. Dieht man nun noch in Betracht, daß die geringfügigsten Kranken auch noch von solcher Abweisung betroffen werden können, so dürfte es wohl nicht zu umgeben sein, daß die Stadt für diese Kranken Kategorien ein eigenes Lazareth gründen müsse, wenigstens die Stadtverordneten sich der Ansicht nicht verschließen können, welche große Kosten der Commune daraus erwachsen. Hr. Damme erwähnt noch des Umstandes, daß man lange Zeit hindurch die Unterbringung der Polizeigefangenen im Stadt-Lazareth dadurch ermöglicht habe, daß die Gefangenen bei dem Eintritt der Erkrankung aus dem Gefangenen-Verhältniß Seitens der Polizei entlassen wurden, aber dieser Modus sei angegriffen und verboten worden. Herr Sielaff fragt an, ob es nicht möglich sei, einen Compromiß herbeizuführen. Herr Damme bezweifelt dies. Herr S. C. Krüger: Das Stadt-Lazareth ist durch milde Stifnungen zu einem Vermögen von 315,000 Thlrn gelangt. Dazu traten noch 30,000 Thlr. städtisches Kapital, welches aus dem aufgelösten barmherzigen Brüderloster zu Altchottland durch Kabinetts-Ordre der Kommune Danzig zugesprochen wurde. Aus den Zinsen dieser 30,000 Thlr. sollten im Stadt-Lazareth zwei Aerzte besoldet werden, welche die armen Kranken der Stadt zu behandeln hätten, und auch die baulichen Einrichtungen zur Aufnahme dieser Kranken hergestelt werden. Das Stadt-Lazareth wurde aus diesem Fonds erweitert und das jetzige Kirchengebäude aufgeführt, indessen keine Urkunde hierüber ausgefertigt. Als mit dem Jahre 1842 das Armenwesen geregelt wurde und den Kommunen für ihre armen Kranken Verpflichtungen auferlegt wurden, da sah sich die Stadt genöthigt, wiederum kostspielige Bauten am Stadt-Lazareth auszuführen, und es entstanden die Anbauten am Wallgraben, worüber auch keine Urkunden existiren. Außerdem hat die Stadt im Laufe der Zeit noch viele Kapitalien in die Anstalt verbaut. Aus diesen Gründen habe ich es für zweckmäßig erachtet, den Anspruch an die Anstalt nicht aufzugeben, und wenn auch in der Stadtverordneten-Sitzung über diese Frage zur Tagesordnung gegangen ist, so ist doch noch nicht die mottvirte Tagesordnung beseitigt, und wenn die Lazareth-Vorsteher mit geeigneten Vorschlägen entgegenkommen, ist ein Compromiß noch zu ermöglichen. Herr Helm schließt sich der letzteren Auffassung an und will ein Dekret wegen der Polizeigefangenen nicht kennen. Herr Damme erklärt indessen bestimmt, daß er das vom Herrn Minister v. Auerswald unterzeichnete Dekret gelesen habe, welches die anderweitige Unterbringung erkrankter Polizeigefangenen zum 1. Januar s. verhängt. Dasselbe räumt zwar ein, daß die Kommune dieserhalb mit einer Privatkrankenanstalt in Verbindung treten könne, jedoch das Lazareth am Dübenerthor davon auszuschließen sei. — Herr Bloß schließt die Versammlung mit dem Versprechen, innerhalb 8—14 Tagen eine zweite Sitzung anzuberaumen und die noch nicht erledigte Tagesfrage wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

— Durch eine Allerh. Bestimmung ist die Uniform des Trains der der Kavallerie konform geworden.

Durch die Vermittelung der betreffenden Truppen-Commandeure werden diejenigen jungen Burschen, welche sich während der letzten Campagne Truppen-Theilen angeschlossen und alle Gefahren glücklich überstanden, jedoch das zulässige Alter zum Eintritt in's Militär noch nicht erreicht haben, nach ihrem freien Willen eine kostenfreie Aufnahme und Ausbildung in den Unterofficierschulen zu Potsdam und Jülich erhalten.

In der nächsten Woche werden wiederum zwei Vorlesungen zum Besten wohlthätiger Anstalten abgehalten, und zwar am Dienstag für das Diaconissen-Krankenhaus von Herrn Pfarrer Kindsfleisch-Schickau über „John Knox“, den Reformator Schottlands, und am Mittwoch für die Kleinkinder-Bewahr-Anstalten von Herrn Prediger Müller über „den Beruf der Frauen auf Grund der göttlichen Offenbarung.“

[Schluß des Berichts über die letzte Gewerbe-Vereins-Sitzung.] Das Herzogthum Nassau hat ein Gebiet von nur 85 Quadrat-Meilen mit 470,000 Einwohnern; es vereinigt aber so viel Schönheit und Reichthum in sich, wie kein anderes Ländchen Deutschlands von dieser Größe, weshalb es mit Recht ein wahres Schmuckstück genannt werden kann. Außer den für Ackerbau so fruchtbaren Thälern des Taunus und Westerwaldes besitzt es köstliche Weinberge, ergiebige Bergwerke und einen großen Reichthum an Mineralquellen. Die dortigen Bäder sind die besuchtesten in Europa und die Wasser der Mineralbrunnen werden über den ganzen Continent verschickt. Die Verfassung dieses Landes datirt aus dem Jahre 1815 und besteht in einem Zweikammer-System; jedoch ist auch dieses Land nicht ohne innere Verfassungskämpfe geblieben. Im 13. Jahrhundert theilte sich die damalige Herzogsfamilie in die Linien Ditto und Walram, welche sich bis in die jüngste Zeit erhalten haben. Im Jahre 1831 erwarb Nassau — Dranien; und in der Geschichte der Niederlande haben Häupter dieser nassauischen Fürstenfamilie sich einen großen Namen erworben (Wilhelm von Dranien). Unter Napoleon I. erhielt Nassau eine Gebietsvergrößerung von 30 D. M., welche auch im Wiener Congreß bestätigt wurde. In den letzten Jahrzehnten hat Nassau überhaupt ein abgelschlossenes Volksleben geführt; jedenfalls ist es aber das werthvollste unter den Ländern, welche Preußen neuerdings erworben hat. — Daß sich Frankfurt a. M. so schwer in sein jetziges Verhältniß finden will, ist wohl verzeihlich, und können wir einen Vergleich darin mit unserer Vaterstadt zu der Zeit aufstellen, als dieselbe auch freie Reichsstadt war. Frankfurt bildet den Mittelpunkt des ganzen deutschen Lebens und der Geschichte des deutschen Volkes. Schon zur Zeit der Carolinger im Jahre 843 erhielt Frankfurt durch den Vertrag zu Verdun von dem Kaiser Ludwig große Bevorzugungen durch die Wahl seines Aufenthaltes daselbst und die Einführung der deutschen Sprache. Man kann sich den Schreden der in bräutlichen Träumen befangenen Frau denken. Sie sank auf einen Stuhl und war eine Zeit lang ganz sprachlos, ließ sich demnächst aber über den Grund der räthselhaften Verhinderung informieren. Die erwähnten Nerven sind als Erbprädispositionen aufgetreten, haben ihre Erbansprüche vorläufig in soweit zu verwehren gewußt, daß das gerichtliche Verfahren eingeleitet ist, und haben nun unter der Behauptung, daß die Fante eine leichtsinnige Ehe eingegangen und dann mit dem ganzen ererbten Vermögen Europa verlassen wolle, Arrest auf deren Person zu ihrer Sicherheit beantragt. Das Gericht hat diesen Arrest verfügt, und eine verhängnißvolle Laune des Schicksals wollte es, daß der mit der Vollziehung betraute Beamte just in dem Augenblicke erschien, wo die Braut sich zum Kirchgange rüstete. „Mein Herr,“ sagte sie zu dem Beamten, „ich will mich so eben trauen lassen, es wäre ja entsetzlich, wenn Sie mich in diesem Augenblicke in's Gefängniß bringen wollten!“ Der Beamte zuckte die Achseln und bedauerte, an der Sache nichts ändern zu können. Thränen der Verzweiflung traten in die Augen der Unglücklichen. „Giebt es denn gar kein Mittel,“ tief sie, „dieser Haß zu entgehen?“ — „Das einzige Mittel,“ erwiderte der Beamte, „wäre die Bestimmung einer Caution, die aber mit Rücksicht auf den Betrag des Streibobjectes so hoch bemessen werden würde, daß Sie, Madame, zumhüchlich außer Stande sein dürften, sie augenblicklich zu zahlen. Sie werden mir also wohl folgen müssen, so sehr ich das persönlich auch bedauere.“ — „Wieviel würde die Caution betragen?“ fragte sehr gespannt die junge Frau. — „Nicht unter vierzig Tausend Thälern,“ war die Antwort. Ein Lächeln der Befriedigung flog über ihr Gesicht; sie nahm einen Schlüssel, ging nach einem Secretair, nahm aus demselben die erwähnte Summe in guten Werthpapieren und handigte sie dem überraschten Beamten ein, der nun von der Verhaftung abstand. Die Hochzeit hat dann, wie schon erwähnt, stattgefunden, und wir werden binnen Kurzem melden können, was das Gericht weiter in der Sache entscheiden wird.

In der letzten Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins zu Langnau war das Thema „die Wartung und Fütterung der Pferde“ auf die Tagesordnung gebracht. Referent: Herr Hofbesitzer Barenbrud. Derselbe wußte in einem längeren Vortrage überzeugend nachzuweisen, daß nicht immer der Grundhaß festzuhalten sei, „Ruzen ist die halbe Fütterung“, sondern daß die regelmäßige Fütterung hauptsächlich zum Gedeihen des Viehstandes beitrage und die Wartung natürlich damit Hand in Hand gehe. Herr Hofbesitzer B. Bartsch brachte den Antrag ein: auf Kosten des Vereins einen tüchtigen Beschäler anzuschaffen und die Benutzung desselben durch ein zu entwerfendes Statut zu regeln. Der Antrag wurde beifällig aufgenommen.

Elbing. Seit längerer Zeit wird in unserer Gegend das Geschäft der Güter-Parcellirung mit vielem Erfolge betrieben. Durch Vermittelung von Unternehmern und Agenten sind selbst wenig umfangreiche Bauergrundstücke in benachbarten Dörfern in eine Menge kleiner Anwesen zerstückelt und veräußert worden. Die Volkswirtschaft billigt solche Theilung

des Besitzes zwar, sie fördert die Bodenkultur und giebt einer größeren Menge von Landleuten Selbstständigkeit; ob aber nicht bei Ueberschreitung eines Minimums solche Besitzer die Aussicht, sich von ihrer kleinen Scholle zu ernähren, verlieren und damit in's Proletariat zurücksinken, wäre bei derartigen Manipulationen doch wohl im allgemeinen Interesse sehr zu erwägen.

Graudenz. Die flane Witterung und die davon unzertrennlichen schlechten Wege üben einen sichtlich Druck auf das Weihnachtsgeschäft aus, das im November lebhaft begann, aber jetzt ganz erlahmt. Man hört vielfache Klagen der Geschäftsleute darüber. Die Stromschiffahrt ist wieder in Gang gekommen. Schiffer, welche schon in Culm und Czestl Winterquartiere genommen hatten, sind heruntergekommen und hoffen noch Danzig zu erreichen.

Thorn. Der Getreideverkehr nimmt jetzt trotz der für den Winter eingegangenen Schiffahrt so bedeutende Dimensionen an, wie man es seit langer Zeit nicht gewohnt gewesen. Die auf hiesigem Bahnhofe stationirten Güterwagen reichen für diesen ungewöhnlichen Verkehr lange nicht aus und es kommt daher sehr häufig vor, daß Getreide in Säcken, Heeringe zc. auf dem Bahnhofe unter freiem Himmel haben Tage lang liegen müssen.

### Gerichtszeitung.

Beim Berliner Stadtgericht schwebt augenblicklich ein Arrestverfahren, dessen bisheriger Verlauf Stoff zu dem pikantesten Romane geben könnte. In Rußland starb vor einiger Zeit ein deutscher Kaufmann B. mit Hinterlassung eines Testaments, in welchem er seine Ehefrau als Universalerin seines sehr bedeutenden Vermögens einsetzte. In seinem Nachlasse wurden indessen außerdem noch schriftliche, von seiner eigenen Hand herührende Willenserklärungen vorgefunden, Inhalts deren zwei seiner Nerven namhafte Legate zufallen sollten. Die hinterbliebene Ehefrau hielt diese Schriftstücke Angehörigen des vorhandenen Testaments nicht für rechtsgültig, weigerte sich demgemäß, an die Nerven etwas von der Erbschaft herauszugeben, verließ Rußland und begab sich nach Berlin. Sie machte daselbst die Bekanntschaft eines Kaufmanns Sch., verlobte sich mit diesem und vor Kurzem hat die Hochzeit stattgefunden. Es war am Morgen des Hochzeitstages, die Braut befand sich bei der Trauungs-Toilette und war eben im Begriff, die Robe anzulegen, als es energisch an die Thür pochte und beim Oeffnen derselben ein richterlicher Beamter mit zwei Executoren erschien. Derselbe entschuldigte sich sehr artig wegen der Störung, die er verursache, erklärte, daß er im Auftrage der Executions-Commission erweise und zu seinem Bedauern — Madame verhaften müsse. Man kann sich den Schreden der in bräutlichen Träumen befangenen Frau denken. Sie sank auf einen Stuhl und war eine Zeit lang ganz sprachlos, ließ sich demnächst aber über den Grund der räthselhaften Verhinderung informieren. Die erwähnten Nerven sind als Erbprädispositionen aufgetreten, haben ihre Erbansprüche vorläufig in soweit zu verwehren gewußt, daß das gerichtliche Verfahren eingeleitet ist, und haben nun unter der Behauptung, daß die Fante eine leichtsinnige Ehe eingegangen und dann mit dem ganzen ererbten Vermögen Europa verlassen wolle, Arrest auf deren Person zu ihrer Sicherheit beantragt. Das Gericht hat diesen Arrest verfügt, und eine verhängnißvolle Laune des Schicksals wollte es, daß der mit der Vollziehung betraute Beamte just in dem Augenblicke erschien, wo die Braut sich zum Kirchgange rüstete. „Mein Herr,“ sagte sie zu dem Beamten, „ich will mich so eben trauen lassen, es wäre ja entsetzlich, wenn Sie mich in diesem Augenblicke in's Gefängniß bringen wollten!“ Der Beamte zuckte die Achseln und bedauerte, an der Sache nichts ändern zu können. Thränen der Verzweiflung traten in die Augen der Unglücklichen. „Giebt es denn gar kein Mittel,“ tief sie, „dieser Haß zu entgehen?“ — „Das einzige Mittel,“ erwiderte der Beamte, „wäre die Bestimmung einer Caution, die aber mit Rücksicht auf den Betrag des Streibobjectes so hoch bemessen werden würde, daß Sie, Madame, zumhüchlich außer Stande sein dürften, sie augenblicklich zu zahlen. Sie werden mir also wohl folgen müssen, so sehr ich das persönlich auch bedauere.“ — „Wieviel würde die Caution betragen?“ fragte sehr gespannt die junge Frau. — „Nicht unter vierzig Tausend Thälern,“ war die Antwort. Ein Lächeln der Befriedigung flog über ihr Gesicht; sie nahm einen Schlüssel, ging nach einem Secretair, nahm aus demselben die erwähnte Summe in guten Werthpapieren und handigte sie dem überraschten Beamten ein, der nun von der Verhaftung abstand. Die Hochzeit hat dann, wie schon erwähnt, stattgefunden, und wir werden binnen Kurzem melden können, was das Gericht weiter in der Sache entscheiden wird.

Göttingen. Kürzlich verhandelte das hiesige Schwurgericht eine Anklage gegen den Bergmann Schulz aus Klausthal wegen Blutschande. Die Verhandlungen fanden, im Interesse der Sittlichkeit, bei verschlossenen Thüren statt. Nach dem Wahrspruch der Geschwornen, welcher auf „Schuldig“ lautete, erkannte der Gerichtshof gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe 1. Grades auf die Dauer von 5 Jahren, geschäftlich durch 3tägige Speisung mit Wasser und Brot in jedem Jahre zu der Zeit, in welcher das Verbrechen begangen ist.

Paris. Vor dem Assisen-Gericht des Seine-Departements sind neuerdings wieder zwei polnische Emigranten, und zwar zwei Geistliche, wegen Verbreitung falscher russischer Banknoten verurtheilt worden. Die

gerichtliche Verhandlung stellte heraus, daß die Verurtheilten falsche russische Banknoten im scheinbaren Werth von 1200 Fr. in Umlauf gesetzt haben, die sie zu diesem Zweck von einer Fälscherbande erhalten haben.

### Vermischtes.

[Kirchliche Andacht.] Ein Geistlicher sagte, er habe bemerkt, wie manche Kirchenbesucher die Hände beim Gebet so fest halten, daß sie nicht im Stande seien, sie auseinander zu thun, wenn der Klingelbeutel kommt.

Beim Berliner Criminalgericht erregte leztthin ein Intermezzo viel Heiterkeit. Ein Arbeiter, Fritz Kielblock, war als Zeuge vorgeladen. Statt dessen stellte sich, zum Erstaunen des Gerichtshofes, eine vollständig gekleidete Frauensperson vor mit der Erklärung, daß sie besagter Fritz Kielblock sei. Sie hätte in der Zeit, um welche es sich bei dem Zeugniß handelte, es unmöglich gefunden, sich mit weiblichen Arbeiten zu ernähren, deshalb männliche Kleidung und Vornamen angenommen und als Steinsetzer gearbeitet, ohne daß sie von ihren Kameraden als Frau erkannt worden wäre. Der Gerichtshof vernahm den weiblichen Zeugen in seiner wirklichen Qualität.

21,000 Hunde werden in Berlin versteuert, 9000 mögen unverteuert umherlaufen, so daß auf 20 Menschen ein Hund kommt. 1814 Ziehunde giebt es in Berlin, von denen 810 nicht versteuert werden, zu denen sich täglich noch gegen 2000 Hunde von außerhalb gesellen. Als Wächter-, Jagd- und Ziehunde erfüllen diese Thiere ihre Bestimmung.

### Räthsel.

Die erste Sylbe hat der Trinker gern,  
Die zweite ist des Fleisches Hoffnungsstern,  
Das Ganze ladet ein zum Trinken, Baden,  
Wär' es zehn Mal so groß, es könnt' nicht schaden.  
L. B.

### Schiffs-Report aus Neufahrwasser.

Gelegelt am 7. Decbr.:  
1 Schiff m. Ballast.  
Auf der Rhede zu Anker am 8. Dec.: 5 Schiffe.  
Außerhalb der Rhede zu Anker: 1 Schiff.  
Ankommend: 1 Bark. Wind: WSW.  
Thorn passirt und nach Danzig bestimmt  
am 6. December: 79 Last Weizen.  
Wasserstand 3 Zoll unter 0.

### Hörsen-Verkäufe zu Danzig am 8. December.

Weizen, 130 Last, 125—130. 31 pfd. fl. 560—615;  
123. 24 pfd. fl. 535; 121 pfd. fl. 520; 132 pfd. roth  
fl. 600; 127. 28 pfd. blaup. fl. 525 pr. 85 pfd.  
Roggen, 116 pfd. fl. 333; 121 pfd. fl. 342; 123 pfd.  
fl. 348; 127 pfd. fl. 360 pr. 81 pfd.  
Große Gerste, 106 pfd. fl. 318 pr. 72 pfd.  
Weiße Erbsen fl. 370—384 pr. 90 pfd.

### Bahnpreise zu Danzig am 8. December.

Weizen bunt 120—132 pfd. 85—100 Sgr.  
hellb. 122—132 pfd. 92/102—104 Sgr. pr. 85 pfd. 3. G.  
Roggen 120. 27 pfd. 57—60 Sgr. pr. 81 pfd. 3. G.  
Gerste kleine 100—110 pfd. 47/48—53 Sgr.  
do. große 106. 115 pfd. 52/53—57/58 Sgr. pr. 72 pfd.  
Erbsen weiße Koch. 65—68 Sgr. pr. 90 pfd. 3. G.  
do. Futter. 62—64 Sgr. pr. 50 pfd. 3. G.  
Hafer 27—30 Sgr. pr. 50 pfd. 3. G.  
Spiritus 15 Ebr. pr. 8000 %.

### Englisches Haus:

Rittergutsbes. Mellenthin n. Gattin u. Restow.  
Gutsbes. Paleste a. Reugut. Die Kaufl. Janßen aus  
Guben u. Liebert a. Berlin.  
Hotel de Berlin:  
Fabrikbes. Brunshausen a. Uchaffenburg. Kaufl.  
Ratheisius a. Bamberg u. Küstner a. Berlin.

### Hotel du Nord:

Reg.-Rath Oppermann a. Königsberg. Die Kaufl.  
Beder a. Königsberg, Claassen a. Pillau u. Maneypl a.  
Warschau. Hafenbau-Inspector Blerz a. Memel. Fräul.  
v. Tiedemann a. Saalau.  
Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:  
Rittergutsbes. Pagels a. Breslau. Gutsbes. Heering  
a. Mirchau. Rentier Bild a. Berlin. Die Kaufleute  
Schumacher a. Potsdam, Christmann a. Magdeburg u.  
Kurschi a. Posen.

### Walter's Hotel:

Rittergutsbes. Frankenstein nebst Gattin a. Wiese.  
Die Kaufleute Niemeyer u. Lachmann a. Berlin. Frau  
Rittergutsbes. Plehn a. Dalwin. Gutsbes. v. Nemestny  
a. Bromberg.

### Hotel zum Kronprinzen:

Rittergutsbes. Häubner n. Gattin a. Infel-Küche b.  
Mewe. Die Gutsbes. Zochem n. Fam. a. Käsemark u.  
Burandt a. Drnassau. Die Kaufl. Gebr. Werdler aus  
Pupig, Rathen a. Berlin u. Zobel a. Breslau.

### Hotel de Thorn:

Pfarrer Grünholz n. Fräul. Tochter a. Janowo.  
Oberamtmann Bieler n. Familie a. Bantau. Maler u.  
Photograph v. Subesty a. Raugard. Fortificandiat  
Walter a. Tuchel. Kaufmann Bamberger a. Zittau.

### Hotel d'Oliva:

Rittergutsbes. Wille a. Strizp. Posthalter v. Mün-  
chow a. Carthaus. Rentier Buchholz a. Berlin. Die  
Kaufl. Meyer a. Breslau, Kramer a. Witten u. Graf  
a. Saalfeld a. S. Geometer Gumbert a. Bromberg.

**Es Ganz neu!**

Cigarrenspigen, auf welche beim ersten Anrauchen sofort eine Photographie sichtbar wird, à Stück 2 Sgr. Orientalisches Gras wachsen lassen, 1 Dgd. Blätter mit Gebrauchsanweisung 2 Sgr. und vieles Andere empfiehlt **J. L. Preuss**, Portschaisengasse 3.

**Die Waagen-Fabrik**

von

**Victor Lietzau,**  
Mechaniker in Danzig,  
Brodhänfengasse Nr. 9.

empfeilt **Getreide-Waagen**

mit preussischem und holländischem Gewicht und großen feinziehenden Messingballen, genau nach der Börse abgestimmt.

**Die Pianoforte-Fabrik**

von

**G. Wiede,** Hundegasse 104,

empfeilt unter Garantie eine Auswahl anerkannt guter Flügel und Pianino's (eigenes Fabrikat) zu den billigsten Preisen.

Der allbekannte und vorzügliche

**G. A. W. Mayer'sche Brustsyrup**  
in Originalflaschen à 15 Sgr. empfiehlt  
**J. L. Preuss**, Portschaisengasse 3.

**DIENSTSIEGEL.**

Brief- und Wäschestempel, Thürplatten, Hundehalsbänder und Wappen jeder Art werden gravirt und um Aufträge gebeten von

**L. L. Rosenthal,**

Breitgasse 98, gegenüber Herrn Hallmann's Hotel.  
NB. Briefpostschaste mit Devisen zu Geschenken.

**Handschuhe** à Paar 1½ Sgr. werden zur sauberen Wäsche angenommen  
Portschaisengasse 3, im Laden.

**Ein fast neuer Flügel** von

**J. B. Wiszniewski** billigt zu verk. Hundegasse 104.

Der ehrliche Finder eines am Sonnabend Morgen auf Langgarten verlorenen Pfandbrief-Coupons pr. Johannis über 10 Thlr. 15 Sgr. erhält Langgarten Nr. 29 eine angemessene Belohnung.

Es wird zum 1. Januar 1867 auf dem Dominium Groß-Rossin in Pomm., Poststation Damerkow, 1 Rechnungsführer gesucht, welcher der Buchführung und Correspondenz vollständig gewachsen ist. Bewerber, mit günstigen Zeugnissen versehen, wollen sich auf obigem Dominium schriftlich oder persönlich melden.

**Keimplatten,** von mir konstruirt, zum

Untersuchen d. Keimfähigkeit. von Sämereien aller Art mit Gebrauchsanweisung, à St. 5 Sgr., à Dgd. 4½ Thlr. offerirt  
**Hannemann, K. Garteninsp. in Proskau D/S.**

**Accouchement secret!**

Anständige Damen, die ihre Entbindung in der Stille abwarten wollen, finden eine gemüthliche und billige Aufnahme in **Berlin**, Pappel-Allee 20, bei dem pract. Arzt und Accoucheur **Dr. Storch**. Strengste Discretion durch Concession garantirt.

Zur Abfassung von **Gelegenheits-Gedichten** jeder Art ist stets bereit

**Luise v. Duisburg,**  
Fleischergasse Nr. 1.

**Gelegenheits-Gedichte** aller Art fertigt  
**Andolph Dentler, 3. Damm No 13.**

**Loose zur Geld-Lotterie** des König Wilhelm-Bereins zur Unterstützung Preussischer Krieger und deren Angehörigen, mit königlicher Genehmigung, in ganzen Loosen à 2 Thlr., in halben Loosen à 1 Thlr. bei **Edwin Groening,** Portschaisengasse Nr. 5.

**Königl. Preuss. Lotterie-Loose**

$\frac{1}{4}$   $\frac{1}{8}$   $\frac{1}{16}$   $\frac{1}{32}$   $\frac{1}{64}$   
4 Rth. 17½ Sgr., 2 Rth. 10 Sgr., 1 Rth. 5 Sgr., 20 Sgr., 10 Sgr.  
Alles auf gedruckten Antheilscheinen  
verkauft und versendet gegen Postvorschuß oder Ein-  
sendung des Betrages

Das Lotterie-Antheil-Comtoir von  
**Meyer,**  
Danzig, Langenmarkt 7.

**Boston-Tabellen**

sind zu haben bei **Edwin Groening.**

**Stadt-Theater zu Danzig.**

**Sonntag, den 9. Decbr.** (Abonn. suspendu.)  
Zum ersten Male: **Zeitgemäss.** Pöffe  
mit Gesang in 3 Akten von E. Pohl. Musik  
von A. Conradi.  
**Montag, 10. Dec.** (62. Abonn.-Vorstellung.)  
**Der Wildschütz,** oder: **Die Stimme**  
der Natur. Komische Oper in 3 Akten von  
A. Forging.

in sämmtl. existirende Zeitungen  
werd. zu **Original-Preisen**  
prompt besorgt. Bei gröss. Auf-  
trag. **Rabatt.** Annoncen-  
bureau von **Eugen Fort**  
in **Leipzig.**

**Inserate**

**Gänzlicher Ausverkauf**

des  
**Kurz-Waaren-, Band- und Garn-Lagers**  
aus der

**L. Wallenberg'schen Concur-Masse,**  
**Große Serbergasse 11.**

Ganz auffallend billig  
werden von heute ab  
verkauft: **Strick-Wollen,**  
**Zephir-Wollen,**  
**Crinolinen.**

**Französisches Nähgarn, 3 Knäulchen für 2 Sgr. 3 Pf.**

**Bu festgeschenken geeignet**

empfehle **Ansichten von Danzig** in reichhaltigster Auswahl,  
nur in sauber und correct ausgeführten Exemplaren.

Atelier: **Langgasse 15.** **A. Ballerstaedt.**  
Aufträge von außerhalb werden umgehend effectuirt.

Alle Arten

**Kalender pro Anno 1867**

empfeilt

**J. W. v. Kampen,**

Kalkgasse Nr. 6, am Jacobsthör.

**Hauptgewinn 25,000 Thaler**

mit einem Einsatz von nur Einem Thaler.

**Kölner Dombau-Lotterie** zum Ausbau der Thürme des Domes zu Köln.  
Ziehung am 9. Januar 1867.

Die Gewinne werden ohne jeden Abzug baar ausgezahlt.

1 Hauptgewinn von . . . . . Thlr. 25000	12 Gewinne von . . . Thlr. 500 = 6000
1 Gewinn von . . . . . " 10000	50 " " " " 200 = 10000
1 " " " " " 5000	100 " " " " 100 = 10000
2 Gewinne von Thlr. 2000 = " 4000	200 " " " " 50 = 10000
5 " " " " 1000 = " 5000	1000 " " " " 20 = 20000

Lotter mit Einem Thaler.

eine Anzahl gediegener Kunstwerke von zusammen 20,000 Thaler Werth.

Loose zu Einem Thaler per Stück sind zu beziehen

von den General-Agenten in Köln:

Albert Heimann, Bischofsplatzgasse 29. D. Löwenwarter, Weisenhausgasse 33,  
sowie in Danzig von Th. Bertling, Edwin Groening, A. Schlüter und Constantin Ziemssen.

**Grosse Spielwaaren - Ausstellung.**

**Portefeuille- und Leder-Waaren**

bietet zu billigen Preisen

das **Kurz-Waaren-, Band- und Garn-Lager**

aus der

**L. Wallenberg'schen Concur-Masse,**

**Große Serbergasse Nr. 11.**